

aus. – Also nicht den Teufel an die Wand malen, dass die Maßnahmen das Ende jeder Freizügigkeit und des freien Warenverkehrs bedeuten! Dies ist umsetzbar, und wir müssen dies tun.

Letztendlich bin ich natürlich dafür, dass wir weiter um europäische Lösungen ringen. Ich will auf Dauer keine Grenzkontrollen in Europa. Ich will eigentlich Schengen nicht aufgeben. Aber Schengen muss funktionieren. Wir müssen darum ringen, dass die Abkommen von Schengen und Dublin oder ein Ersatz dafür funktionieren. Wir können es uns auch aus Sicherheitsgründen nicht leisten, dass jeder Europa und Deutschland betritt, wie es ihm beliebt, ohne dass wir dies wissen. Dies ist ein hochgefährlicher Zustand im Hinblick auf unsere Sicherheit, und deswegen, meine Damen und Herren: noch einmal international verhandeln, aber jetzt national handeln.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Herr Kollege Rinderspacher von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung sind laut den Vereinten Nationen allein im Januar mehr als 340 Menschen im Mittelmeer ums Leben gekommen – mehr als 340 Menschen.

Der Kollege Kreuzer erwähnt in der heutigen Aktuellen Stunde diese Seite der Aktualität mit keinem Wort. Die humanitäre Katastrophe ist in diesem Wortbeitrag nicht behandelt worden. Für die SPD-Fraktion im Hohen Hause bringe ich unser tief empfundenes Mitgefühl mit den hinterbliebenen Familien der ertrunkenen Flüchtlinge zum Ausdruck. Unsere Gedanken sind bei ihnen. Wir trauern mit den Familien.

(Beifall bei der SPD)

Das Schicksal dieser Menschen ist in der derzeitigen Diskussion viel zu stark in den Hintergrund getreten. Niemand begibt sich auf eine lebensgefährliche Flucht, wenn er nicht dazu gezwungen ist. Wir haben die rechtliche und humanitäre Verpflichtung, denjenigen, die ein Recht auf Schutz haben, diesen Schutz auch zu gewähren. Die Perspektive der Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, dürfen wir nicht vernachlässigen. Ich sage: Unsere Verantwortung beginnt nicht erst in Passau, und unser Mitgefühl endet nicht in Freilassung.

Die Bundesregierung hat das Asylnpaket II am vergangenen Donnerstag auf Bundesebene beschlossen.

Die Große Koalition hat damit Handlungsfähigkeit bewiesen. Wir begrüßen das. Blockiert hat hier über Monate die CSU.

(Zustimmung bei der SPD – Lachen bei der CSU – Zahlreiche Zurufe – Unruhe)

– Bekomme ich eigentlich einen Redezeitzuschlag? – Zuerst wird noch die Redezeit der Opposition gekürzt. Kriege ich den Zuschlag eigentlich noch?

(Anhaltende Unruhe)

Ja, meine Damen und Herren, die CSU hat mit immer neuen Forderungen die Orientierungslosigkeit in der Union befeuert. Und unsere Kolleginnen und Kollegen von der CDU in Berlin erklären uns, Herr Seehofer und diese CSU hatten vor Wildbad Kreuth überhaupt kein Interesse an einer Einigung. Es ging ihnen darum, auf dem Parteitag der CSU die Kanzlerin vorzuführen. Es ging ihnen um politisches Getöse. An Ihnen ist die Einigung gescheitert!

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Kreuzer hat in seiner Rede in Überschriften gesprochen und wieder einmal auf das Kleingedruckte verzichtet. Sie reden von Obergrenzen, ohne zu beschreiben, wie das Konzept aussehen soll. Was machen Sie mit dem 200.001 Flüchtling – einem Flüchtling, der mit zwei Kindern auf dem Arm nachts um halb zwei an der bayerischen Außengrenze erscheint? Weisen Sie den ab? Wohin soll die Familie gehen, wissend, dass die Mutter in Syrien im Bombenhagel ums Leben gekommen ist?

(Zurufe von der CSU)

Was machen Sie mit diesem Flüchtling?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Schauen Sie sich das aktuelle Politbarometer an: Nur 19 % der Deutschen glauben daran, dass Deutschland den Zustrom an Flüchtlingen alleine begrenzen kann.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Sie streuen den Menschen Sand in die Augen. Sie wissen ganz genau, dass Ihre Obergrenze eine Scheinlösung ist – das ist eine Alibiformulierung, die Tatkraft simuliert, als reine Symbolpolitik jedoch völlig konsequenzlos bleibt.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Sie haben kein Konzept. Stattdessen machen Sie Versprechungen, die Sie nicht halten können. Sie produzieren Luftschlösser, die schon bei der ersten Nachfrage in sich zusammenfallen.

(Zuruf von der CSU: Unverschämtheit!)

So war es auch in der letzten Plenarsitzung. Wir wollten von Ihnen wissen, wie Ihr Konzept zur Grenzsicherung aussieht; denn Sie versprechen eine lückenlose Kontrolle an der bayerisch-österreichischen Grenze, und das auf einer Länge von 816 Kilometern. Innenminister Herrmann hat gesagt, er werde uns das Konzept nicht vorstellen. Offensichtlich ist es eine neue Modeerscheinung, dass die Innenminister in unserem Lande auf Pressekonferenzen oder in den Plenarsälen sagen: Wir können Ihnen darauf keine Antwort geben; denn Teile unserer Antwort könnten Sie verunsichern.

(Zuruf des Staatsministers Joachim Herrmann)

Ich finde, wir haben ein Anrecht darauf – auch die bayerische Öffentlichkeit – zu erfahren, wie Sie sich eine lückenlose Kontrolle vorstellen. Wie viel Personal wollen Sie dafür bereitstellen? Wie viele Schlagbäume brauchen Sie? Wie viele Übergänge gibt es? Wie sieht die Kontrolle an der grünen Grenze aus?

Sie sprechen in Ihrem Konzept von der Bundeswehr, die mit eingesetzt werden soll, und von der bayerischen Landespolizei, obwohl diese bereits 1,5 Millionen Überstunden gemacht hat. Im Bierzelt versprechen Sie lückenlose Kontrollen; hier im Hohen Hause haben Sie in der letzten Woche jedoch eine Antwort auf ein konkretes Konzept verweigert. Ich finde, die Bürgerschaft und das Hohe Haus haben ein Anrecht darauf, von Ihnen, Herr Innenminister, die Eckpunkte dazu zu erfahren, wie Sie sich die Sicherung an der bayerisch-österreichischen Grenze vorstellen. Überschriften alleine genügen nicht, sondern Sie müssen auch konkrete Konzepte liefern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir brauchen eine schnelle Umsetzung der im Bund beschlossenen Maßnahmen. Es muss vorwiegend darum gehen, die EU-Außengrenzen zu sichern und die Flüchtlinge in Europa gerechter zu verteilen. Wir sollten uns hier im Landtag nicht zu einem Ersatz-Bundestag umdeklarieren.

In der Aktuellen Stunde heute hat die CSU keinen einzigen Punkt vorgelegt, der im Landesparlament beschlossen werden kann oder beschlossen werden müsste. Wir führen hier eine Scheindebatte. Sie machen den Bayerischen Landtag zum Ersatz-Bundes-

tag. Ihre landespolitischen Aufgaben jedoch, Herr Kollege Kreuzer, die mit der Integration der Flüchtlinge verbunden sind, klammern Sie aus guten Gründen aus: Bessere Integration in den Kitas, in den Schulen, auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Wohnungsmarkt – das sind die Dinge, die wir jetzt im Landesparlament in Angriff nehmen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Hier sind größere Anstrengungen nötig. Lassen Sie uns bitte darüber reden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Aiwanger für die FREIEN WÄHLER das Wort.

**Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen einen Masterplan für Bayern und nicht die zwanzigste weltpolitische Diskussion hier im Landtag.

(Lachen bei der CSU)

Wir diskutieren heute einen 12-Punkte-Katalog der CSU.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In diesen 12 Punkten wird nicht ein einziges Mal das Wort "Kommune" erwähnt. Diese 12 Punkte beginnen an den deutschen Außengrenzen, sie befassen sich mit europäischer Politik, sie fordern den Bund auf, zur Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren – machen Sie das doch dort, wo es hingehört!

Sie sind Teil der Bundesregierung. Fordern Sie in Berlin die Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit, fordern Sie Ihren Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europaparlament, Herrn Weber, als CSU-Mann auf, europäische Lösungsansätze voranzubringen, und diskutieren Sie hier bitte, wie wir die Probleme Bayerns lösen können, wie wir wenigstens die Dinge aufs Gleis bringen können, über die wir hier tatsächlich entscheiden können. Ansonsten ist diese Debatte nur eine Debatte zur Ablenkung vom eigenen Versagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen ganz klar, dass die Denke der FREIEN WÄHLER im Zusammenhang mit dieser Problemlösung auf der kommunalen Ebene beginnt. Wir müssen nämlich auf diejenigen hören, die mit Ihrer gescheiterten Politik zurande kommen müssen.